

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 18. Juni 2024 in Lutherstadt Wittenberg**

Beschlussvorschlag der CdSK-Ost

**TOP 2 Zügige Umsetzung einer nachhaltigen und generationengerechten
Reform der Pflegeversicherung zur Sicherstellung der pflegerischen
Versorgung**

1 Das System der Pflegeversicherung gerät durch den demografischen Wandel
2 zunehmend unter Druck. Aber nicht nur durch die steigende Anzahl von
3 Pflegebedürftigen sind Mehrausgaben zu verzeichnen. Auch durch die deutlich
4 verbesserte Entlohnung von Pflegekräften und die allgemeinen inflationsbedingten
5 Preiserhöhungen entstehen enorme Kostensteigerungen im Pflegesystem. In
6 Verbindung mit einem generationsbedingt erheblichen Fachkräftebedarf droht gerade in
7 ländlich geprägten ostdeutschen Ländern perspektivisch die Gefahr der
8 Unterversorgung. Um langfristig die Finanzierung der Pflege zu gewährleisten bedarf es
9 deshalb dringend einer generationengerechten und nachhaltigen Weiterentwicklung der
10 Pflegeversicherung.

11

12 Vor diesem Hintergrund fassen die Regierungschefin und die Regierungschefs der
13 ostdeutschen Länder folgenden Beschluss:

- 14 1. Die Bundesregierung wird gebeten, den Bericht der Arbeitsgemeinschaft
15 „Zukunftssichere Finanzen der Sozialen Pflegeversicherung,“ der ursprünglich bis
16 Ende Mai 2024 erarbeitet werden sollte, aber nach wie vor nicht vorliegt, noch vor der
17 Veröffentlichung den für Pflege zuständigen Länderministerien zuzuleiten. Nur so
18 können auf Landesebene frühzeitig erforderliche richtungsweisende Maßnahmen
19 diskutiert und initiiert werden.
- 20 2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Stellschrauben zur Entlastung der
21 Ausgabenseite und zur Stärkung der Einnahmeseite der Pflegeversicherung mit der
22 klaren Zielstellung zu entwickeln, dass die finanziellen Belastungen der
23 Beitragszahler, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der sonstigen
24 Kostenträger in einem gerechten und ausgewogenen Verhältnis stehen und
25 insbesondere die Pflegebedürftigen nicht unzumutbar belastet werden.
- 26 3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen für eine
27 zukunftssichere Finanzierung der Pflegeversicherung noch in dieser

28 Legislaturperiode in Form eines Gesetzgebungsverfahrens unter frühzeitiger und
29 umfassender Beteiligung der Länder auf den Weg zu bringen.

POLITICO